

15.06

Abgeordnete Fiona Fiedler, BEd (NEOS): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Österreicherinnen und Österreicher hier auf der Galerie und zu Hause vor den Bildschirmen! Heute halte ich hier meine erste Rede im Hohen Haus.

Es ist bereits die 8. Sitzung in dieser Gesetzgebungsperiode, und ich hatte die Ehre, schon bei zahlreichen Reden zuhören zu dürfen. Ja, für mich ist es eine Ehre, hier zu sein, auch wenn manche Kolleginnen und Kollegen nicht immer ihre volle Aufmerksamkeit in Richtung Rednerpult richten und manchmal auch lautstark und teilweise unpassend kommentieren oder beleidigen. Ich bin der Überzeugung, dass wir uns alle der Verantwortung und der Außenwirkung bewusst sein sollten, die wir als Mitglieder des Nationalrates haben.

Als Volksschullehrerin hatte ich einen wundervollen Beruf, in dem mir überwiegend sehr gerne zugehört wurde, in dem mir ein Dialog auf einer wertschätzenden Ebene gelang und in dem ich meinen Auftrag zur Bildung umsetzen konnte. Bildung ist der Grundstein für ein gelingendes Leben. Dazu gehört meiner Meinung nach ein respektvoller und wertschätzender Umgang miteinander sowie ein Sinn für Integration und Inklusion. Nur so kann ein reibungsloses Miteinander funktionieren.

Daher erwarte ich vom neuen Bildungsprogramm, dass wir im Kindergarten bereits mit dieser Bildung beginnen, dass wir Kinder in allen Bildungsstufen auf Kinder mit Behinderung sensibilisieren, damit sie später im Berufsleben keine Berührungängste haben, Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz zu begegnen. *(Beifall bei NEOS und Grünen sowie bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Sowohl als Arbeitgeber als auch als Kollege muss ein gegenseitig unterstützendes, harmonisches Miteinander möglich sein. Jeder Mensch definiert sich über seine Arbeit. Menschen mit Behinderung bleibt es aber oftmals verwehrt, weil sie aufgrund ihrer Beeinträchtigung oft nicht einmal die Möglichkeit erhalten, sich bei einem Unternehmen vorzustellen.

Stellen Sie sich vor, Sie schreiben 250 Bewerbungen und erhalten keine einzige Antwort! Für einen Menschen mit Behinderung ist das trauriger Alltag. Betroffene arbeiten in geschützten Werkstätten für ein Taschengeld – wir reden hier von 60 bis 200 Euro pro Monat – und ohne Anspruch auf Sozialversicherung.

Im Zeitraum von 2007 bis 2017 ist die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderung um 139,22 Prozent gestiegen. Grund dafür sind unter anderem die Bemessung der Arbeitsfähigkeit und der Mangel an integrativen Betrieben. Um dem entgegenzuwir-

ken, ist es notwendig, aufzuklären. Daher bringen wir heute auch einen Antrag ein, der die Umsetzung der Empfehlungen der Volksanwaltschaft für einen inklusiveren Arbeitsmarkt fordert, und bauen auf zeitnahe Realisierung.

Wir erwarten uns, dass wir Sonderschulen für alle Schülerinnen und Schüler öffnen und diese Einrichtungen nutzen, um Kindern ein angemessenes Umfeld zu bieten und anderen zu zeigen, welche Möglichkeiten sie dort haben; aber auch Regelschulen werden für Kinder mit Behinderung geöffnet und umfassend barrierefrei gemacht, um dort Inklusion zu leben.

Nach Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist das Recht auf diskriminierungsfreie und chancengleiche Bildung für Menschen mit Behinderung anzuerkennen. Dies muss auch organisatorisch und ressourcentechnisch vom Gesetzgeber gewährleistet werden. Weiters erwarten wir uns eine Schule, in der Talente gefördert werden und in der nicht auf Schwächen herumgetrampelt wird.

Erfreulicherweise finden sich viele unserer zukunftsweisenden Ideen im neuen Regierungsprogramm wieder. Dennoch ist die Regierung gefordert, nicht nur schöne Worte in ein Programm zu packen, sondern dafür zu sorgen, dass Inklusion in naher Zukunft kein Diskussionspunkt mehr ist, sondern einfach passiert, weil wir das endlich verinnerlicht haben. – Danke. *(Beifall bei NEOS und Grünen.)*

15.10

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Kugler. – Bitte.